

Wien, am Dienstag, den 13. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 13. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Gemeinderat Dr. Wagner (E.L.) setzt sofort seine Ausführungen, die er gestern um zehn Uhr nachts unterbrochen hat, fort. Nach den Erklärungen des Stadtrates Breitner und dem Geist, in dem die Verhandlungen hier geführt werden, zu schliessen, besteht keine Hoffnung, dass das isolierte politische System, das hier im Rathaus geübt wird, das System der rücksichtslosen Mehrheitsherrschaft geändert wird. Gemeinderat Dr. Wagner beschäftigt sich dann eingehend mit einzelnen Gemeindeabgaben. Er bezeichnet die Wohnbausteuerabgabe als eine soziale Steuer, weil sie den Wohnungsaufwand durchgehend besteuert. Die Standabgabe ist die Fürsorgeabgabe, die eine Lohnsteuer ist. Es ist sehr bedauerlich, dass sich fast alle Bundesländer das schlechte Beispiel Wiens zu eigen gemacht haben. Unverständlich aber ist es, dass gerade die Sozialdemokraten an dieser ausgesprochenen Inflationssteuer festhalten. Sie wirkt auf die Produktion verwerfend, sie ist eine Importprämie, die dem Ausland gewährt wird. Sie ist auch eine der Mitursachen der Arbeitslosigkeit. Durch das grosse Inspektionsrecht, das mit der schweren Erfassung der Fürsorgeabgabe zusammenhängt, hat sich Stadtrat Breitner zum stillen Kompagnon aller Unternehmungen gemacht. Im Voranschlag für 1928 ist die Fürsorgeabgabe mit 69 Millionen Schilling veranschlagt; 76 Millionen Schilling hingegen sind für Wohnbauten vorgesehen. Es sieht fast so aus, als ob die Fürsorgeabgabe für die Wohnbauten verwendet werde. Wenn ja, dann müsste es dann auf den Wohnbauten heissen: Errichtet aus den Mitteln der Fürsorgeabgabe. Der Redner bespricht sodann die Post Lustbarkeitsabgabe, wobei er insbesondere auf die Lustbarkeitsabgabe der Bundestheater hinweist. Von allen Bundesländern hat nur Wien von den Bundestheatern Vorteile. Das Festhalten an der Abgabepflicht der beiden uralten deutschen Kulturstätten ist eine kleinliche Schmutzerei (Beifall bei der Minderheit). Gemeinderat Wagner bespricht dann die Post Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die ebenfalls nach freiem Ermessen vorgeschrieben wird, was der Korruption Tür und Tor öffnet. Er hebt dann die Reformbedürftigkeit der Wertschwachs-, Fremdenzimmer-, der Anzeigen-, der Hauspersonalabgabe und der Automobilsteuer hervor und schliesst sich hinsichtlich der Wasserkraftabgabe den Ausführungen der christlichsozialen Redner an.

Sodann wendet er sich gegen die Ausführungen des Stadtrates Breitner über die Fortsetzung der Bautätigkeit seitens der Gemeinde Wien. Wenn aus diesen Ausführungen herausgeklungen hat, dass am Mieterschutz auch in Zukunft nicht gerüttelt werden darf, so weisen die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse gerade den entgegengesetzten Weg. Sicher ist, dass die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien nicht in demselben ^{betrieben} Umfange werden kann wie die private Bautätigkeit und daher bedeute die Aufrechterhaltung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde die Aufrechterhaltung der vermehrten Arbeitslosigkeit. Sie haben leider aus dem Mieterschutz ein elendes Politikum gemacht und es ist geradezu eine Infamie wenn man uns unterstellt, dass wir uns nur um der Interessen der Hausherrn willen in die schwierigen Auseinandersetzungen über die Frage des Mieterschutzes einlassen. Es ist eine volkswirtschaftliche Not-

wendigkeit, dass auch in Wien mitten in Europa die private Bautätigkeit ermöglicht und der normale und gerechte Ertrag des Hauses wieder hergestellt wird, wobei man allerdings mit der grössten Vorsicht vorgehen muss.

Der Redner beschäftigt ^{sich} sodann mit der von sozialdemokratischer Seite und von der ihr nahestehenden Seite aufgeworfenen Frage einer Aenderung der Regierungspolitik und bezieht sich auf die seinerzeitigen Ausführungen des Gemeinderates Kunschak über diese Frage. Auch uns erscheint es richtig, dass eine Zusammenarbeit im Bunde auch ein Zusammenarbeiten in der Gemeinde Wien voraussetzt, wir sehen aber, wenn wir uns die Politik des Voranschlags und die Politik der Mehrheit überhaupt vor Augen halten, keine Tendenz zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit. Wenn Gemeinderat Kunschak seinerzeit gefordert hat,

dass bei den Sozialdemokraten eine andere Ebnstellung zu den religiösen Fragen eintreten müsse, so müssen auch wir, obwohl uns viele Weltanschauungsfragen von den Christlichsozialen trennen, offen aussprechen, dass uns manchmal die Ruppigkeit des Tons erstaunen macht in welchem oft von Seite der sozialdemokratischen Presse und sozialdemokratischen Redner über diese Dinge gesprochen wird. Wir können uns eine Regierung der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Nichtsozialdemokraten nur vorstellen, wenn durch ein Gesetz darüber Klarheit geschaffen wird, dass der Terror ^{der} in den Fabriken und Betrieben gegen Angestellte und Arbeiter ausgeübt wird, eine verabscheuungswürdige und daher strafwürdige Handlung sei (Lebhafte Beifall bei der M. Ebe an eine solche Zusammenarbeit geschritten werden kann, müssten die Sozialdemokraten auch noch eine Reihe anderer Fragen beantworten: ob sie bereit sind, ihre konfiskatorischen Steuern preiszugeben, ob sie darangehen wollen, die Verwaltung zu entpolitisieren, ob sie das Baunopol beseitigen, die Mietsfrage nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft regeln, ob sie der Hetze adieu sagen, ob sie die religiöse und jede ehrliche Meinung ihrer Mitbürger schonen, ob sie die Gemeindefürsorge und den Schützband auflösen wollen und damit einverstanden sind, dass hinsichtlich der Wachtkörper wirkliche Staatspolitik betrieben wird. Der Redner erklärt zum Schlusse, dass er gegen den Voranschlag stimmen werde (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

ST.R. Rummelhardt (E.L.) kommt auf die letzten Ausführungen des Gemeinderates Wagner zurück und bemerkt, die Frage der Koalition könne weder von der Presse noch von einem einzelnen Politiker noch im Gemeinderat überhaupt gelöst werden. Nach der derzeitigen politischen Konstellation in Oesterreich hat einzig und allein die christlichsoziale Partei zu entscheiden, ob es zu einer Koalition kommt oder nicht (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste). Die Verhältnisse, wie sie heute herrschen sprechen absolut nicht dafür. Wir können nur alle vom Herzen wünschen, dass die heutige Koalitionsregierung unter der Führung Seipel recht lange zum Glücke Oesterreichs bestehen bleibt (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der E.L.) Wenn gestern Gemeinderat Kunschak daran erinnert hat, es gehe nicht an, dass der Bürgermeister während der Budgetdebatte sich darauf beschränkt, die Sitzung zu eröffnen und sich dann mit seiner Cortège aus dem Saale entfernt, was eine Nichtachtung des Gemeinderates sei, so hat diese Erinnerung nichts genützt, den heute war es ebenso. Gestern war auch während der Rede des Führers der Christlichsozialen keiner der amtsführenden Stadträte im Saal. Solche Verhältnisse sind auf die Dauer ungesund. Wir können diese Verhältnisse nicht ändern, solan-

ge Sie hier die Mehrheit haben. Allerdings wenn nicht nur die Schwindeleien in Währung sondern wenn alle Schwindeleien korrigiert würden, hätten Sie nicht die Majorität (Lebhafte Beifall bei der E.L.) Sie sitzen zu Unrecht an der Macht, weil Ihre Herrschaft nur durch Gewalt, durch Terror und wie sich jetzt zeigt, durch Schwindel errungen ist (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem Budget und weist darauf hin, dass den Wienern dadurch, dass Land und Gemeinde zusammenfallen, eine Instanz genommen werde. Der Bürgermeister stellt sich gewissermaßen vor den Spiegel und sagt ja und der Landeshauptmann, das Spiegelbild, das aus dem Spiegel schaut, muss auch ja sagen. Die Bevölkerung braucht eine von der Gemeinde unabhängige höhere Instanz. Wir haben uns gegen die Trennung Wiens von Niederösterreich immer ausgesprochen. Heute sieht man klar, dass sie ein Fehler war. Was ist nun neu geschaffen worden? Eine Farce! Ein Landtag, der keine Landtagsgeordneten hat, denn im Landtag sitzen die Gemeinderäte. Der Landeshauptmann hat nicht einmal einen Stellvertreter, ist also durch die Verfassung unentbehrlich geworden. Am meisten ist dem Landeshauptmann der Staatsrat zuwider. Dort führt er sehr ungern den Vorsitz und es wird notwendig sein, dass man dort, so wie im Gemeinderat Vorsitzende wählt.

Bürgermeister Seitz: Sie kennen die Verfassung nicht!

Stadtrat Rummelhardt: Ihr beliebtes Mittel durch einen Dialog diese Frage auf ein Nebengeleis zu schieben, verfehlt nicht. Sie haben da etwas geschaffen, was nicht Fisch und Fleisch ist. Auch im Voranschlag ist für die Bedürfnisse des Landes nichts vorgesehen. In der Verfassung ist aber ausdrücklich der vermögensrechtliche Charakter des Landes Wien festgesetzt. Das Land hat eine eigene Verwaltung und muss daher auch eine eigene Verrechnung haben. Es ist die höchste Zeit, dass man sich endlich darüber klar wird.

Unerbört ist, dass schon bei den Anstellungen der Nachweis der Zugehörigkeit zu einer roten Gewerkschaft und zur sozialdemokratischen Partei verlangt wird. Im Namen der jungen Wiener und Wienerinnen müssen wir fordern, dass unsere Landeskinder ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, wenn sie die notwendige Befähigung dazu haben, in den Dienst unserer Stadt gestellt werden. Es wird immer gesagt, dass kein Bedarf ist. Man hat aber trotzdem vor kurzer Zeit einen Konzeptsbeamten aus Oberösterreich angestellt. Er macht in der Leopoldstadt Dienst, ist natürlich Sozialdemokrat und es ist interessant, dass der Mann mit zwei Vorstrafen angestellt wurde, während alle anderen abgewiesen werden. Der Personalreferent soll darüber Auskunft geben.

Sie sagen immer, dass die Strassenarbeiter und die Reinigungsfrauen übervalorisierte Bezüge haben. Wir gönnen ihnen das, müssen aber verlangen, dass auch die anderen Angestellten, die heute weit untervalorisiert sind, anständige Bezüge erhalten. Sie müssen sich endlich auch entschliessen, Ihren Hochmut aufzugeben und nicht allein nur mit Ihren Organisationen verhandeln. Wenn Sie die Koalitionsfreiheit hochhalten, dann müssen Sie auch die anderen Organisationen gleichberechtigt betrachten.

Es ist auch vom Mieterschutz gesprochen worden. Stadtrat Breitner hat gemeint, die Baupolitik der Gemeinde Wien sei das einzige Mittel den Mieterschutz zu sichern. Es ist aber gar niemand da, der den Mieterschutz beseitigen will. Das war nur Ihr demagogischer Wahlwähler. (Beifall bei der Minderheit). Der Mieterschutz bleibt erhalten. Niemand will den Mieterschutz weghaben. Es soll nur ein gerechtes Gesetz geschaffen werden. Es soll nicht sein, dass prächtige Wohnungen spottbillig für reiche Leute zu haben sind, während arme Teufel in nassen Löchern wohnen müssen. Wir wollen eine gerechte Form der Miete. Dass das auch eine Erhöhung der Mietzinse bis zu einem gewissen Mass notwen-

dig macht, ist selbstverständlich, es müssen eben die Sicherungen gegeben sein, dass der arme Teufel diesen Zins bezahlen kann. Es werden sich dann die Arbeitslöhne erhöhen, aber dafür wird die Kreditfähigkeit gestärkt und die Volkswirtschaft gesunden. Die öffentlichen Angestellten müssen wieder das alte Quartiergeld erhalten. Bei der endgültigen Lösung der Mietenfrage, wird der Bund gewiss auch diese Frage ordnen. Man darf nicht nur ein Freund der Angestellten sein, wenn man in der Minorität ist, sondern muss es auch sein, wenn man die Mehrheit hat. (Stadtrat Speiser: Sehr richtig! Ironischer Beifall bei der Mehrheit).

Stadtrat Rummelhardt verlangt dann, dass die Angestellten, die bei den früher üblichen Vorrückungen übergangen worden sind, ein Äquivalent erhalten. Ebenso muss das Versumms der Gemeinde gegenüber den armen Kriegsinvaliden endlich gut gemacht werden. Es ist eine unerhörte Schande, dass die reiche Gemeinde noch immer nicht für die Opfer des Krieges dasselbe leistet, was das kleinste Bundesland längst tut. Der Hintergrund scheint hier ein rein politischer und kein fiskalischer zu sein. Sie wollen nicht, dass die Männer, die Blut und Leben in dem grossen Kampf für ihr Vaterland auf Spiel gesetzt haben, auch eine Anerkennung erhalten. Aber diese Männer verdienen die Hochachtung der Bevölkerung und ihres Dienstgebers. (Beifall bei der Minderheit).

Es muss auch verlangt werden, dass den Pensionisten ihr Recht wird. Man muss auch die nach dem Stichtag in Pension getretenen Angestellten die den anderen Angestellten gewährte Stufenrückgang einrechnen. Es wird erzählt, dass dieser grosse Nachteil einvernehmlich mit dem Verband der städtischen Angestellten ausgehandelt wurde. Wenn das richtig ist, dann handelt es sich hier um eine gelbe Gewerkschaft in des Wortes vollster Bedeutung. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

StR. Rummelhardt kommt dann auf die Juliereignisse zu sprechen. Er sagt, es wäre interessant zu wissen, warum die Angestellten im Rathaus am 15. Juli nicht ihre Pflicht erfüllt und ihre Schreibstische verlassen haben. Stadtrat Speiser hat gesagt, es war aus ehrliche Entrüstung über das Schattendorfer Urteil. Wo ist dann da aber jetzt die hohe Moral und die kochende Volksseele, wo es sich bei den jetzigen Urteilen doch auch um Proletarier handelt. Unsere Meinung ist, dass der Aufstand am 15. Juli in einer Zentralstelle ausgekocht wurde und eine Etappe im Kampf um die Macht in Oesterreich gewesen ist. Sie haben das Volk aufgewiegelt, sie haben also auch die Schuld zu tragen. (Unruhe). Sie müssen es anhören, dass ich hier über die Juliereignisse spreche, denn unsere Leute im Parlament mussten Ihre demagogischen Verdrehungen im Parlament über den 15. Juli auch anhören. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Von Strassenbahnern wurden Autos aufgehalten und damit zum Schauplatz der Exzesse gefahren. Ein Teil der Elektrizitätsarbeiter ist gegen die Universität Sturm gelaufen und hat die dort befindliche Sicherheitswache Bluthunde und Trottel beschimpft. Mit Steinen, Sand und Eisenstangen waren sie ausgerüstet; vor solchen Elektrizitätsarbeitern muss man jede Achtung verlieren, sie gehören keine Stunde länger in einem städtischen Betrieb. (Beifall bei der Minderheit). Geradezu ein Verbrechen ist es, wieso Werkzeuge aus städtischen Depots benützt, ja sogar Schneepflüge zum Barrikadenbau verwendet wurden. Die Angestelltenschaft hat die Pflicht, die Werkzeuge zu bewachen. Sie selbst aber habe sie zu Exzessen benützt. Ihre Sache, Herr Stadtrat Speiser, ist es, in den Betrieben eine strenge Untersuchung zu führen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Wir wollen, die Schuldigen wissen. (Beifall bei der Minderheit). In den Juliprozessen haben die Schöffen verurteilt, die Geschworenen frei gesprochen. Sie haben in Ihrer Partei sogenannte Geschworenenschulen und da muss nun untersucht werden, was in diesen Schulen gelehrt wird. Es wurden sogar von den Geschworenen Freisprüche gefällt, wo ein Ge-

stündnis vorlag. Das Interesse der öffentlichen Sittlichkeit erfordert es, dass hier Reform geschaffen wird, selbst auf die Gefahr hin, die Geschworenengerichte auf einige Zeit zu sistieren. (Lebhafter, langanhaltender Beifall bei der Minderheit).

GBtin. Dr. Motzko (E.L.) bemängelt zunächst, dass die für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung eingesetzte Post mit 76.000 Schilling zu hoch bemessen sei, da von dieser Post eigentlich die Landumlage für den Verbrauch von Bier und die Fürsorgeabgabe als Zwecksteuern in Abzug gebracht werden müssen. Wenn man unter Wohlfahrt richtig versteht, dass die Grundlage für ein Gemeinschaftsleben in dieser Stadt und die materiellen Voraussetzungen hierzu geschaffen werden müssen, so bedeuten die Massnahmen der Mehrheit eine absolute Verneinung jeder Wohlfahrt. Solange sich die Mehrheit nicht zu einer ernsthaften Revision ihres Programmes entschliesst wird sie in dem Konflikt, der sich überall offenbart, bleiben als Verwalter aufbauen zu wollen und als Partei in Wirklichkeit zu zerstören. Ihre Einstellung zu den Fragen der wirtschaftlichen Finanzpolitik hat vermehrte wirtschaftliche Not und eine stärkere Inanspruchnahme der städtischen Mittel für Wohlfahrtspflege zur Folge. Die Mehrheit drängt die arbeitstüchtigen Kreise der Bevölkerung durch Ihre Politik immer mehr in die Fürsorge hinunter. Ihr Festhalten am Parteizwang und Parteiterror im Personalreferat und in den Betrieben führt nur zu einer Vermehrung der Notfälle. Durch Ihre Steuerpolitik bringt die Mehrheit viele kleine Gewerbetreibende und Kaufleute um ihr Arbeitseigentum, durch Ihren Terror bringt sie viele Arbeiter um ihren ehrlichen Lohn. Sie erweist damit, dass es keinen grösseren Ausbeuter und Kapitalisten gibt, als die gegenwärtige Wiener Gemeindeverwaltung. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Auch auf dem Gebiete der Wohnbaupolitik macht sie nur die Geste des Helfenwollens. Denn auf jede neu zu vergebende Wohnung reflektieren in Wahrheit vier Parteien. Der Referent dürfte sich nicht darauf berufen, dass die geringere Zahl von Eheschliessungen es ermögliche, dass weniger gebaut wird. Ihre kulturzerstörende Propaganda hat nicht nur die Verringerung der Zahl der Eheschliessungen sondern ein wahres Chaos im Eheleben dieser Stadt herbeigeführt. Auf die Vermehrung der Not im Jahre 1927 nimmt die Mehrheit keine Rücksicht. Die Posten für offene Fürsorge, für Erhaltungsbeiträge und Mietsinszuschüsse werden nicht erhöht. Sie treiben in der offenen Fürsorge rücksichtslose Ersparungen und einseitige Parteipolitik. Ihre Fürsorgepolitik ist aber auch Kulturkampf. Heute noch weigert sich die Gemeinde Wien für ein Kind Pflegegeld zu zahlen, wenn es in eine Anstalt des Caritasverbandes kommt. Wir verlangen hier die klare Antwort auf unsere Frage, was Sie zu einem so einseitigen verantwortungslosen Verhalten in der Fürsorge berechtigt. Ihre ganze Verwaltung ist nicht nur Kulturkampf sondern Kulturhass. Sie fördern Organisationen und eine Propaganda, die schon wegen ihrer Aufmachung eine schwere Beschämung für unsere Stadt sind. Sie liefern den Freidenkertum bewusst die Jugend aus. Auf die Verdienste, die sich das Freidenkertum um die Hebung der Geistigkeit in Wien erwirbt, dürfen Sie nicht stolz sein. In einer solchen Freidenkerschrift eines Johann Most wird gesagt, dass die "Gottespest" die allerscheusslichste unter allen Geisteskrankheiten ist. (Lebhafte EHRT!EHRT!Rufe bei der Minderheit). Ueber der Förderung solcher Organisationen vergessen Sie die zwei grossen Aufgaben des Wohlfahrtswesens; die Linderung der Not und die allmähliche Umschaltung der Fürsorge und ihre sinngemässe Angleichung an die Sozialpolitik. Dass heute noch die Anfallspfände neun Schilling im Monate ausmachen, ist ein Skandal. Dann muss der Mann ein Jahr warten, bis er um eine Er-

höhung der Pfände ansuchen darf. Unterdessen verhungern die Leute. Dann wird die Pfände bestenfalls um zwei bis vier Schilling erhöht. Sie müssen sich endlich entschliessen, wenigstens den alten, den Siebzigjährigen Menschen sofort die höchste Pfände zuzubilligen. Um wirklich soziale Fürsorge leisten zu können, müsste eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft zwischen öffentlicher und privater Fürsorge gesucht werden. Tatsächlich schliessen Sie aber den Caritasverband überall aus, in der Invalidenfürsorge zum Beispiel suchen Sie nur eine Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Landesverband, während jede Zusammenarbeit mit dem Reichsbund der Kriegsoffer abgelehnt wird. Wir verlangen hier wirkliche Neutralität. Solange Sie nicht in der Sozialpolitik eine entscheidende Wendung vollziehen, werden Sie uns in der schärfsten Kampfstellung finden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) gibt zunächst dem Wunsche Ausdruck, dass das Listenwahlrecht für den Gemeinderat sobald wie möglich abgeschafft werde, da ein Listenwahlrecht für einen Verwaltungskörper, in dem man Fachleute braucht, ein Unding sei und ein solches Wahlrecht eine gewisse Sesshaftigkeit auf Mandate zur Folge hat. Er bezeichnet es als bedauerlich, dass die Funktionäre an der Spitze der Gemeindeverwaltung sich ausschliesslich als Parteilaute fühlen. Dass der Bürgermeister auf dem vorjährigen sozialdemokratischen Parteitag in den Ruf nach Aufrichtung des Proletariates eingestimmt hat, sowie dass er sich in seiner Antrittsrede ausschliesslich als Parteipolitiker bekannt hat, sei ein Fehler. Der allergösste Fehler sei aber, die Haltung des Bürgermeisters nach den Ereignissen des 15. Juli. Es sei die Aufgabe des Bürgermeisters sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die Ruhe und Ordnung in dieser Stadt wünschen. Wenn der Bürgermeister das nicht getan, sondern gegen den Polizeipräsidenten Schober die schwersten Angriffe erhoben hat, so ist das mit seiner Stellung nicht vereinbar.

Auch Stadtrat Breitner hat wiederholt Aeusserungen getan, die mit seiner Stellung als Finanzreferent nicht vereinbar sind. So hat er sich auch bei seiner Budgetrede auf den Standpunkt des Parteipolitikers gestellt und erklärt, er werde das sozialdemokratische Wahlprogramm durchführen. Wir erheben dagegen den schärfsten Protest, weil Breitner nicht Beauftragter der sozialdemokratischen Partei ist, sondern ein Beauftragter des Gemeinderates. Eine solche parteipolitische Einstellung führender Persönlichkeiten müssen wir ablehnen. Gemeinderat Pfeiffer kritisiert sodann verschiedene Posten des Voranschlages. Ganz besonders tadelt er die Subventionspolitik der Gemeindeverwaltung, wobei er erklärt, dass das Subventionschaos nicht länger mehr ertragen werden kann. Er verlangt, dass die Minderheit über alle Subventionsansuchen unterrichtet werde und dass ihr einmal im Jahr alle Subventionsansuchen vorgelegt werden. Der Redner streift dann die Koalitionsfrage und schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass er kein Vertrauen zum Bürgermeister habe, weil dieser immer den Bürgermeister hinter den sozialdemokratischen Parteimann stelle, dass er kein Vertrauen zum Finanzreferenten habe, weil dieser der Exponent der sozialdemokratischen Partei sei, und dass er schliesslich auch kein Vertrauen zur Mehrheit habe, weil diese mehr auf das bolschewikische Russland vertraue, als auf das Bruderreich Deutschland. Deshalb lehne er auch den Voranschlag ab. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Brocgyner (Soz. Dem.) berichtet über eine Abänderung der Verwaltungsgruppe II des Voranschlages, die die dreissig Millionen Dollar-Anleihe erfordert. Er stellt den Antrag, die Abänderung zu genehmigen

GR. Holubek (E.L.) nimmt ebenfalls in längeren Ausführungen dem Voranschlag Stellung. Er vergleicht die Tätigkeit der Christlichsozialen Gemeinderatsmehrheit mit der Arbeit der Sozialdemokraten und erklärt, dass die Aufbauaktivität der Christlichsozialen nur durch den Krieg gehemmt wurde, der schliesslich den Sozialdemokraten zur Herrschaft verhalf. (Stadtrat Rummelhardt: Sie sind politische Kriegsgewinner!) Der Grundton jeder Politik der Sozialdemokraten wird vom Parteiinteresse beherrscht, obwohl den 600.000 Stimmen der Sozialdemokraten 450.000 Stimmen der Parteien der Einheitsliste gegenüberstehen.

Der Redner wendet sich gegen die Fürsorgeabgabe, die Nahrungs- und Genussmittel-, die Kraftwagen-, die ^{Aus}gehilfenabgabe, sowie gegen die Besteuerung des Luxusgewerbes als Arbeiterfeindlich. Im Besprechen der Wohnbausteuer, erklärt Redner, niemand wolle den Mieterschutz aufheben, wir wollen nur eine sachliche Regelung der Mietenfrage, die von den Sozialdemokraten anderer Länder mit weit grösserem Verständnis behandelt wird, als von unseren Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten müssen das Schlagwort aufgeben, dass sie durch ihre Steuerpolitik die Arbeiterschaft schonen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie müssen in den Gemeindebetrieben wirklich die Koalitionsfreiheit herstellen, was Sie von jedem Ausbeuter verlangen. Der Redner schliesst mit der Bemerkung, dass Not und Elend in Wien zum grossen Teile eine Folge der Steuerpolitik der Gemeinde sei. Die christliche Arbeiterschaft, die schwer unter dem Terror zu leiden habe, hoffe doch, dass einmal der Tag der Befreiung kommen wird und dass das Märchen vom Roten Wien der Vergangenheit angehören wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste).

GR. Uebelhör (E.L.) erinnert an die Verdienste, die sich Luiger um die Förderung des Gewerbestandes erworben habe. Demgegenüber habe die sozialdemokratische Partei es in ihren Programmen an jeder Stellungnahme zu den Gewerbetreibenden fehlen lassen. Der Redner hebt die Nachteile hervor, die Aufrechterhaltung des öffentlichen Bautätigkeit für den Gewerbestand habe. Der Hauptnachteil den der Mieterschutz dem Gewerbe bringt, ist die Entwertung des Realbesitzes, der früher die wichtigste Grundlage für den Kredit an die Gewerbetreibenden bildete. Ausserordentlich wichtig für den Gewerbestand ist eine Reform des Steuerwesens, insbesondere der Fürsorge-, der Lustbarkeits-, der Nahrungs- und Genussmittel-, der Fremdenzimmer- und der Anzeigenabgabe. Er verlangt eine weitere Ermässigung der Steuer für Kleinautos und bringt schliesslich den Wunsch vor, dass in Zukunft die Vergebung von Arbeiten im Wege öffentlicher Ausschreibungen erfolgen möge und dass eine von der Gemeinde unabhängige zweite Instanz geschaffen werde. Beides liege im Interesse des Gewerbestandes. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Breitner bemerkt, von der Minderheit seien alle Steuern mit Ausnahme der Hundeabgabe als schädlich hingestellt worden, ohne dass auch nur ein Redner erklärt hätte, wie nach Abschaffung dieser Steuern die Gemeinde ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen könnte. In seiner Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Kunschak stellt Stadtrat Breitner fest, dass der weitaus grösste Teil der Investitionen des Bundes dem Bundesländern zugute komme, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien vornehmlich auf die Investitionen der Gemeinde zurückzuführen sei. Unrichtig ist es, dass die Gemeinde durch die Altersrenten ein Geschäft macht. Von dem am 1. Oktober 1927 im Bezug eines Unterhaltsbeitrages stehenden 312 Personen ist keinem der Unterhaltsbeitrag gestrichen worden. Selbst wenn dies geschehen wäre, würde dies nur einen Betrag von 56.000 Schilling ausmachen, während der Beitrag der Gemeinde zu den Altersrenten über drei Millionen Schilling beträgt. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Dass den in Heimen befindlichen Rentnern, über die die Gemeinde die vol-

le Obhut übernimmt, ein Teil ihrer Renten und zwar nicht nur der Altersrenten an die Gemeinde abgetreten wird, ist gewiss gerechtfertigt.

Das Mietenproblem ist gewiss ein volkswirtschaftliches Problem und nur in dem Sinne ein politisches, weil die politischen Parteien zu den volkswirtschaftlichen Problemen eine verschiedene Einstellung haben. Es gibt politische Parteien, denen das Heiligtum des Privateigentums und solche, denen das Wohlergehen der Masse das Bestimmende ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Wir sind der Anschauung, dass unsere Volkswirtschaft die Last der Erhöhungen infolge des Mieterschutzes nicht aushalten kann und dass wir an dem Mieterschutz solange festhalten müssen, bis auf allen Gebieten die Mieten in den Reallohn eingebaut sind. Gegenüber dem Gemeinderat Kunschak stellt ferner Stadtrat Breitner fest, dass die Aufnahme von Anleihen im Auslande immer nur ein notwendiges Übel sei, da der Tatsache des Einfliessens von neuen Kapitalien, der Zwang der Zurückzahlung in einer langen Reihe von Jahren gegenüberstehe. Was die Russlandaktion betreffe, wäre, selbst wenn sie keinen Erfolg hätte, zu einer Genugtuung kein Anlass. In Wirklichkeit sind bisher bereits Geschäfte bis zu 500.000 Schilling angemeldet und die Haftung der Gemeinde dafür erklärt worden. Im Uebrigen müsse man abwarten. Jedenfalls hat die Gemeinde alles getan, um den Export nach Russland zu fördern. Hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe giete das freie Ermessen gewisse Möglichkeit zu einer Kritik. Es gehe aber nicht an, den einfachsten Verbrauch gleichhoch wie den grössten Luxusverbrauch zu besteuern, ein Vorgang, der übrigens für die Gemeinde einträglicher wäre. Bei den Bundessteuern im übrigen das freie Ermessen eine viel grössere Rolle als bei den Gemeindesteuern. Bezüglich der Steuerrückstände von Theatern ist es gelungen bei einzelnen gute Abmachungen über die Abstattung zu treffen. Auch bei der Volksoper wird es möglich sein, wenn sich ein kapitalstärkiger Bewerber findet. Die Steuer für die Staatstheater betrage nur ein Zehntel des Defizits dieser Theater, sei also im Verhältnis zu dem Defizit keine besondere Grösse. Die Staatstheater sind gegenüber den Privattheatern darin bevorzugt, dass sie von der Wohnbausteuer und der Fürsorgeabgabe befreit sind, Beträge, die ungefähr der Lustbarkeitsabgabe gleich sind. Ich will nur wieder die seinerzeitige Aeusserung des Herrn Bürgermeister wiederholen, der gesagt hat, wenn die Bundesregierung der Anschauung ist, dass die Ausgaben für die Bundestheater eine unerträgliche Last im Budget darstellen, so möge sie mit uns in Verhandlungen eintreten und wir werden für die notwendigen Mittel für die beiden Theater entsprechend ihrer Vergangenheit und ihrer Kulturwirksamkeit vorsorgen. Wenn Gemeinderat Rummelhardt bedauert hat, dass Wien und Niederösterreich nicht mehr zusammengehöre, so kann ich nur sagen, dass die Trennung eine historische Notwendigkeit gewesen ist. Die Trennung ist auch in der Verfassung verankert und im Nationalrat hat Dr. Seipel darüber selbst referiert. Ich verwehre mich auch gegen die Behauptung, dass Wien wegen des Anteiles an den Ertragsabgaben gegenüber dem Bund undankbar sei. Wir haben eine Reihe von wertvollsten Steuerrechten abgetreten, wir haben gar keinen Grund dankbar zu sein, weil ja ein Rechtsanspruch besteht. Das Budget wurde mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erstellt und wenn hier der Abgang von 36 Millionen Schilling in Zweifel gezogen wurde, so ist es kein Unglück, wenn der Rechnungsabschluss einen Ueberschuss aufweist. Ich bitte die Verwaltungsgruppe II zu bewilligen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Nach tatsächlichen Berichtigungen der Gemeinderäte Zimmerl und Kunschak auf das Schlusswort des Stadtrates Breitner wird der Voranschlag der Verwaltungsgruppe mit dem Abänderungsantrag Broczyners genehmigt. Die Abänderungsanträge der Minderheit werden abgelehnt. Schluss der Sitzung um zehn Uhr abends. Morgen wird in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personallangelegenheiten eingegangen, die amführender Stadtrat Speiser einleiten wird.